

VOLKSBLATT SPLITTER

Achtung, nicht essen, versucht!

BERN - Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) empfiehlt den Konsumenten, «Beurre de Cacahuètes» (Erdnussbutter) der Firma A-Chau Trading AO nicht zu verzehren, sondern zu entsorgen. Das Produkt enthält laut BAG das gesundheitsgefährdende Schimmelpilzgift Aflatoxin. (sda)

Geburtsaus von Papst Benedikt XVI. wird verkauft

MARKTL - Das Geburtshaus des aus Bayern stammenden Papstes Benedikt XVI. wird verkauft. Die derzeitige Eigentümerin wolle das am Marktplatz des oberbayerischen Dorfes gelegene Gebäude meistbietend veräußern, wurde am Donnerstag mitgeteilt.

Wie es hiess, ist das Haus seit der Wahl von Joseph Ratzinger zum Papst wegen des täglich wachsenden Touristenandrangs nicht mehr privat zu nutzen. Die Gemeinde hat ein Vorkaufsrecht. Sie will in Markt ein Papstmuseum errichten. Ratzinger wurde am 16. April 1927 in dem Gebäude geboren. (AP)

Vier Tote bei Explosion auf Öltanker

PORT-OF-SPAIN - Bei der Explosion auf einem vor der Küste Trinidads liegenden Öltankers sind mindestens vier Menschen ums Leben gekommen. Wie die Küstenwache am Mittwoch mitteilte, war die Wärmeerzeugung infolge des Brandes so gross, dass Feuerwehreinheiten und Hubschrauber sich dem Tanker zwei Stunden lang nicht nähern konnten. Von den 26 Seeleuten an Bord hätten sich 22 retten können. Das Schiff lag wegen Reparaturarbeiten etwa einen Kilometer vor dem Hafen Chaguaramas. Nach der Explosion breitete sich ein grosser Ölteppich aus; das Ausmass des Schadens war zunächst nicht abzusehen. (AP)

Gesuchter saudi-arabischer Islamist im Irak getötet

DUBAI - Einer der meistgesuchten militanten Islamisten Saudi-Arabiens ist im Irak nach Angaben des dortigen El-Kaida-Chefs Abu Mussad al-Sarkawi getötet worden. Das geht aus einer am Donnerstag im Internet veröffentlichten Botschaft Sarkawis hervor. Die Echtheit der Nachricht konnte zunächst nicht überprüft werden. Abdallah al-Raschud war einer von 26 militanten Islamisten, die auf der Fahndungsliste der Behörden in Saudi-Arabien standen. Die Fahnder hatten die Liste im Dezember 2003 nach dem Beginn einer Anschlagserie veröffentlicht, zu der sich die regionale Gruppierung der Terrororganisation El Kaida bekannt hatte. Sollte sich der Tod Raschuds bestätigen, befänden sich noch zwei der von Saudi-Arabien Gesuchten auf freiem Fuss. (sda)

EU aus der Krise führen

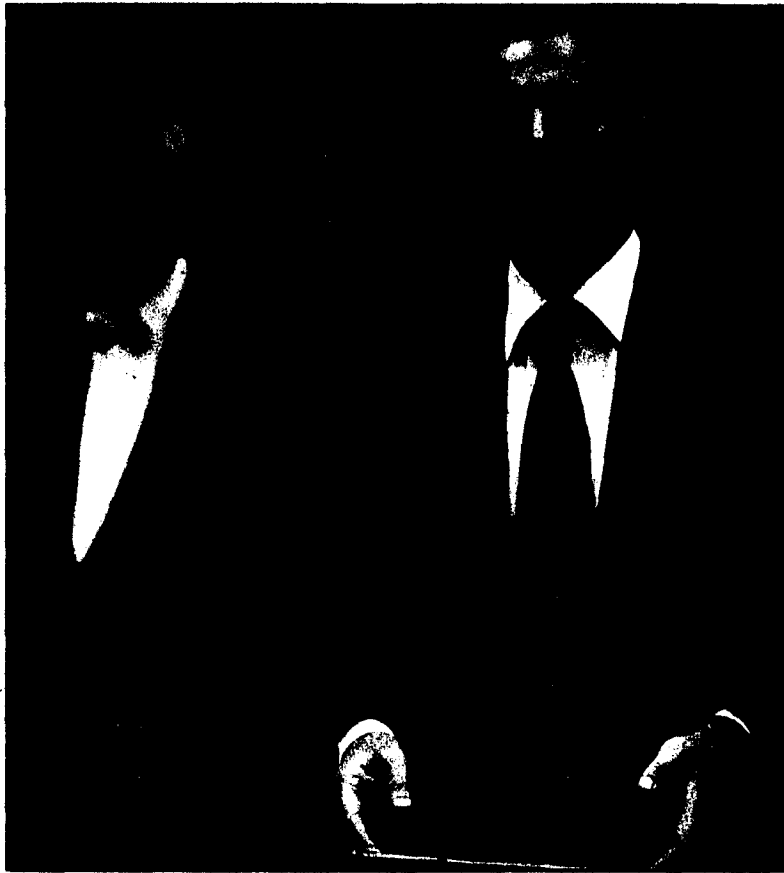
Modernisierung der Ausgaben angemahnt - Programm für Ratsvorsitz vorgelegt

BRÜSSEL - Mit einer grundlegenden Modernisierung der Ausgaben will der künftige EU-Ratspräsident Tony Blair Europa aus der Krise führen.

«In jeder Krise liegt eine Chance», sagte der britische Premierminister vor dem Europäischen Parlament am Donnerstag in Brüssel und fügte hinzu, dass die EU vor allem «eine Krise der politischen Führung» habe. Europa müsse wettbewerbsfähiger werden, ohne sein soziales Gesicht zu verlieren. Vorwürfe, er wolle die EU auf eine Freihandelszone reduzieren, wies Blair zurück. Genau davor warnte Bundeskanzler Gerhard Schröder. In einem Beitrag für die «Bild»-Zeitung schrieb der Kanzler, Europa sei mehr als nur ein Markt, sondern ein erfolgreiches Gesellschafts- und Sozialmodell, gegründet auf gemeinsamen Werten, Rechten und Pflichten. Wer glaube, dieses Modell aus Eigensinn oder Populismus zerstören zu wollen, verstünde sich an den Wünschen und Rechten künftiger Generationen. Europa habe jetzt die Wahl zwischen zwei Alternativen: eine Freihandelszone oder eine politisch aktive und politisch gestaltende Union. «Für diese Politik stehe ich», sagte der Kanzler.

Jetzt ist der Moment

Blair betonte: «Jetzt ist der Moment für Entscheidungen gekom-



«Jetzt ist der Moment für Entscheidungen gekommen», so Tony Blair.

men.» Handle die EU nicht, «dann riskieren wir ein Scheitern, und zwar ein Scheitern in strategisch grossem Ausmass». Die EU sei nicht gewappnet, um auf die Herausforderungen der Globalisierung zu reagieren. 20 Millionen Menschen in Europa seien arbeitslos, Indien habe mehr High-Tech-

Hochschulabsolventen, China habe seinen Forschungshaushalt gerade verdreifacht, und unter den 20 Top-Universitäten weltweit lägen nur 2 in der EU.

«In diesem Zusammenhang müssen wir auch den Streit über den Haushalt stellen», sagte Blair. Es könne nicht sein, dass die EU bis

2013 jährlich 40 Prozent ihres Geldes in die Landwirtschaft investiere. Er habe niemals gefordert, die gemeinsame Agrarpolitik über Nacht abzuschaffen. Es müsse aber eine Perspektive auf Änderungen des Haushalts geben.

Bekanntnis zur Erweiterung

Dies bedeute aber nicht, das europäische Sozialmodell aufzugeben, betonte Blair. «Die beste Art, die Menschen zu beschützen, ist in ihre Fähigkeiten und Ausbildung zu investieren.» Das Nein zur Verfassung habe die Unzufriedenheit mit der EU zum Ausdruck gebracht. Darauf müsse die Politik jetzt reagieren. «Wir dürfen uns nicht vormachen, dass diese Debatte unnötig ist», sagte Blair. Zugleich bekannte sich Blair zur Aufnahme weiterer Länder in die EU. «Wir sehen die Erweiterung nicht als Gefahr an», sagte Blair. «Würden wir die Erweiterung aufhalten, würde langfristig kein einziger Arbeitsplatz gerettet werden.» Blairs Rede wurde von den EU-Abgeordneten mit lang anhaltendem Applaus bedacht. Die Fraktionsspitzen sagten ihm ihre Unterstützung in den nächsten sechs Monaten zu. «Wir bestehen aber darauf, dass die Debatte über die Zukunft Europas nicht hinter verschlossenen Türen geführt wird», sagte der EVP-Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering. (AP)

UN kritisiert USA wegen Guantanamo

UN-Antrag für Besuch des Gefangenenlagers bislang nicht beantwortet

GENÈVE - Vier Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen haben die USA wegen ihres Gefangenenlagers Guantanamo scharf kritisiert.

Sie warfen den Vereinigten Staaten mangelnde Kooperation vor und kritisierten, dass wiederholte Anträge für einen Besuch des Gefangenenlagers ohne Antwort geblieben seien. Brooks Robinson von der US-Vertretung bei den Vereinten Nationen in Genf erklärte, der Antrag werde noch geprüft. Das wiederholt eingereichte Gesuch beruhe auf Informationen aus verlässlicher Quelle und ernst zu nehmenden Vorwürfen von Folterungen, grausamer und entwürdigender Behandlung sowie willkürlicher In-



Der Österreicher Manfred Nowak (rechts) und der Neuseeländer Paul Hunt übten mit anderen UN-Spezialisten harte Kritik an den USA.

haftierung, erklärte die Gruppe gestern in Genf. «Wir bedauern zutiefst, dass die Regierung der Vereinigten Staaten uns noch nicht eingeladen hat, um die wegen Terrorismusvorwürfen oder anderer Verstösse verhafteten Personen zu besuchen.» Der jüngste Antrag sei Mitte April eingereicht worden, sagte UN-Sonderermittler Manfred Nowak. Die Menschenrechtsexperten bemühen sich schon seit 2002 um einen Besuch in Guantanamo. Das Ausbleiben einer Antwort lege den Schluss nahe, dass Washington etwas zu verbergen habe, sagte Nowak. Bisher haben die USA nur Beobachter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in das Gefangenenlager gelassen. (AP)

Rekordhitze tötet

Hunderte Menschen Opfer der Hitze

NEU-DELHI - Die Hitzewelle in Südasien hat inzwischen fast 350 Menschen das Leben gekostet. Allein in Indien sollen in den vergangenen sechs Wochen mehr als 250 Menschen an Hitzeschlägen oder Austrocknung gestorben.

Der Nachrichtensender NDTV meldete, inoffizielle Statistiken gingen sogar von mehr als 370 Hitzetoten aus. In Bangladesch kamen nach offiziellen Angaben rund 80 Menschen ums Leben. Spätkler in Pakistan meldeten am Dienstag 15 Hitzetote seit dem Vortag.

Die Temperaturen in Teilen Zentral- und Nordindiens erreichten am Dienstag 47 Grad Celsius. Im Distrikt Angul in Orissa waren in

der vergangenen Woche mehr als 50 Grad gemessen worden. Auch in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi forderte die Hitzewelle bei Temperaturen von bis 45 Grad ein erstes Todesopfer.

In der pakistanischen Provinz Punjab erreichten die Temperaturen 48 Grad, auch aus Bangladesch wurden mehr als 40 Grad Celsius gemeldet. Ärzte riefen, insbesondere Kinder aus der Sonne herauszuhalten. Wie jeden Sommer leiden die Bewohner Neu-Delhis unter stundenlangen Stromausfällen, da alle Klima-Anlagen auf Hochtouren laufen. In manchen Stadtteilen der Millionenmetropole ist die Wasserversorgung zusammengebrochen. (AP)

Prinz William hat seinen Abschluss

ST. ANDREWS - Prinz William ist seit Donnerstag auch Master of the Arts. Der 23 Jahre alte Spross der britischen Königsfamilie erhielt an der schottischen St. Andrews Universität seinen Abschluss. Unter den Augen seiner Grossmutter Königin Elizabeth II. musste William vor Universitätskanzler Sir Kenneth Dover niederknien, der ihm eine scharlachrote Stoffkappe aufsetzte. Zusammen mit dem Prinz wurden 260 Studenten mit dem akademischen Grad ausgezeichnet, der einem deutschen Magister entspricht. Auch Williams

Freundin Kate Middleton erhielt ihren Abschluss. «Ich bin traurig, dass ich gehen muss», sagte William. «Ich habe meine Zeit hier genossen.» (AP)



ANZEIGE

Profitieren Sie als Abonnement von Vorzugspreisen